



Wir wünschen
allen Kolleginnen und Kollegen
ein schönes und ruhiges
Weihnachtsfest
und für das
Jahr 2005
eine unfallfreie Fahrt,
sowie Glück und Zufriedenheit.



Euer **GLB** Team

Offener Brief an den GLB
von den Kollegen
Schendera/Rechberger.- Gar. Vorgarten

→ auf Seite 8/9



Über den Tisch gezogen.

Nachverhandlung der DBV-Neu-
zum Nachteil der Bediensteten



→ Seite 16

Bericht Betriebsrat - Fahrdienst



Resturlaub 2003/2004

Für Bedienstete, die noch Anspruch auf Resturlaubstage für die Jahre 2003/2004 haben, wurde auf Grund der DBV-Neu und der damit verbundenen geänderten Auszahlungsmodalitäten folgende Regelung getroffen.

Pro Resturlaubstag für das Jahr 2003 bekommt jeder Bedienstete ca. 18 € ausbezahlt.

Pro Resturlaubstag für das Jahr 2004 bekommt jeder Bedienstete ca. 6 € ausbezahlt.

Die Urlaubsabgeltung wird mit dem Novembergehalt ausbezahlt! Die Urlaubstage bleiben jedem Bediensteten erhalten!

Nacht- und Sonntagstunden-Zulage

Die Nacht- und Sonntagstunden-Zulage wird rückwirkend mit 6. September **täglich** auf die nächste volle und halbe Stunde aufgerundet.

Warnwesten

Die Verteilung der gesetzlich vorgeschriebenen Warnwesten beginnt im Februar.

Aushelfen

Um Unklarheiten zu beseitigen, alle Bediensteten die aushelfen, bekommen nur einmal die Geh- und Wegzeit bezahlt, die Aushelferzulage entfällt!

DBV-NEU

Die DBV-NEU brachte den Fahrbediensteten Belastungen, die weit über das Erträgliche hinausgehen. Doch damit sind die Kollegen der FSG anscheinend noch nicht zufrieden, denn permanent wird zu Ungunsten der Bediensteten nachverhandelt. (siehe Artikel „Über den Tisch gezogen“)

Die Betriebsräte des GLB und der KIV protestierten auch gegen die Vorgangsweise der FSG, die bis zum heutigen Datum keine Abstimmung über die DBV-NEU durchführten.

Pausenregelung – Mit der Unterschrift von **Kollegen Kaiser** ist dem Unternehmen in Zukunft Tür und Tor geöffnet und es ist jetzt auch möglich, dass den Bediensteten auch die Pause gestrichen werden kann! (siehe Artikel „Über den Tisch gezogen“)

Arbeitsbedingungen – Sie können nur als unmenschlich bezeichnet werden und die Sicherheit der Bediensteten und Fahrgäste bleibt auf der Strecke. Arbeitszeitstücke mit bis zu sieben Stunden und dazwischen eine 10 Minuten Pause sind inakzeptabel.

Euer Kollege
Roman Böhm-Raffay
BR-Fahrdienst

Der GLB bringt Dein Kind sicher durchs Schuljahr!

Eure Kinder liegen uns am Herzen

Wir freuen uns den Bediensteten der Wiener Linien eine **kostenlose Schülerunfallversicherung** anbieten zu können!

(2. Kind 7 Euro)

Die Betreuer informieren Dich auch gerne über die Gemeinderabatte, die Dir zustehen!

Infos unter

Betriebsrat Böhm-Raffay 0664/ 15 17 922 oder direkt bei **Betreuer: Hr. Walter Meidl 01/ 897 13 13**



An das Präsidium
der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten

Maria Theresienstrasse 11
1090 Wien

Wien, 30. September 2004

Werte Kolleginnen und Kollegen,

der **GLB – GEWERKSCHAFTLICHE LINKSBLOCK** – hat auf Grundlage der zur Verfügung stehenden Wirtschaftsdaten für die Gehaltsverhandlungen 2004 folgende Position beschlossen:

4,5 % Erhöhung auf Gehalt, Zulagen und Nebengebühren

Sockelbetrag: 100 €

Wirksamkeitsbeginn: 1. Jänner 2005

Laufzeit: 12 Monate

Kein Stillhalteabkommen

Nach den einschneidenden Maßnahmen der letzten Jahre kann es für den Gehaltsabschluss 2005 keine noble Zurückhaltung mehr geben.

Bei den diesjährigen Gehaltsverhandlungen muss neben der Inflation auch noch der Verlust durch die unsozialen Pensionsreformen der letzten Jahre abgegolten werden.

Wir öffentlich Bedienstete leisten einen wesentlichen Beitrag für die Grundbedürfnisse der Bevölkerung. Unsere Arbeitsbelastung ist bedingt durch Personalabbau und verschärften Arbeitsbedingungen unverhältnismäßig hoch angestiegen.

Die Notwendigkeit und Berechtigung einer Teuerungsabgeltung steht daher außer Zweifel.

Wir ersuchen das Präsidium, den Zentralvorstand der GdG, diese unsere Vorschläge bei der Erstellung der Gehaltsforderung 2005 zu berücksichtigen und damit einen sozialen und gerechten Abschluss für die öffentlich Bediensteten zu erreichen.

Da diese Gehaltsforderung unter Umständen nur mit gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen durchzusetzen ist, ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, euch sowohl in den Gehaltsverhandlungen als auch bei etwaigen Kampfmaßnahmen entsprechend zu unterstützen.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen

f. d. GLB/GdG

Roman Böhm-Raffay e.h.
Mitglied des Wr. Vorstandes

Presseausendung vom 08.11.2004

Sicherheitsrisiko bei den Wiener Linien

Eine überfraktionelle Plattform der Wiener Linien (FCG, GLB, KIV, VÖV) sammelt Unterschriften des Fahrpersonals gegen eine neue Vorschrift, die schwere Sicherheitsrisiken birgt und eine Qualitätsminderung für die Fahrgäste bedeutet.

Mit 6. September 2004 ist bei den Wiener Linien eine neue Dienst- und Betriebsvorschrift (DBV) für Bus, Bim und U-Bahn in Kraft getreten. Diese schreibt jetzt unter anderem vor: bis zu 9,5 Stunden Dienstsichten täglich, bis zu 4 Stunden in einem Stück am Wagen, kein Rechtsanspruch auf Pausen (diese können bei Störungen sogar ersatzlos weg fallen), fast keine oder unzulängliche sanitäre Einrichtungen.

Gleichzeitig wurde die Ausbildung des Fahrdienstes durch Sparmaßnahmen massiv eingeschränkt, dies führt unweigerlich zu erhöhten Unfallzahlen! Jetzt hat sich eine überfraktionelle Plattform gebildet und sammelt unter den insgesamt rund 4000 betroffenen Fahrbediensteten Unterschriften, um diese neue DBV zu kippen. Nach knapp einer Woche liegen schon 800 Unterschriften vor, die Plattform erwartet mindestens 2500 bis 3000 Unterschriften

Die überfraktionelle Plattform ist der Meinung, dass Einsparungen im Fahrdienst nicht auf Kosten der Sicherheit und auf den Rücken der Fahrgäste durchgeführt werden dürfen!

Wenn mindestens ein Drittel der Fahrbediensteten unterschrieben haben, müssen Dienststellen-Versammlungen

abgehalten werden, bei denen der Antrag der überfraktionellen Plattform auf Änderungen der DBV zur Abstimmung gebracht wird. Wird dieser Antrag mehrheitlich angenommen, muss der Betriebsrat neu verhandeln.

Sollte die Unternehmensführung der Wiener Linien nicht einlenken, sind auch Kampfmaßnahmen nicht ausgeschlossen!

Laut Arbeitsverfassung ist dies die einzig mögliche und höchst demokratische Vorgangsweise, um Sicherheits- und Qualitäts-Standards bei den Wiener Linien wieder herzustellen!

FCG

Harald Knotzer

GLB

Roman Böhm-Raffay

KIV

Karl Kollmann

VÖV

Gerhard Eder

FCG: Harald Knotzer

Tel.: 0664 3501131

E-Mail: harald.knotzer@fcg.at

Postadresse:

Maria Theresien Straße 11, 1090 Wien

GLB: Roman Böhm-Raffay

Tel.: 0664 1517922

E-Mail: glb-gemeinde@aon.at

Postadresse:

GLB-Gemeinde Elterleinplatz 6/2, 1170 Wien

KIV: Karl Kollmann Tel.: 0664 9214047

E-Mail: karl.kollmann@kiv.at

VÖV: Gerhard Eder Tel.: 0650 3160161

E-Mail: voev@chello.at

ÜBERFRAKTIONELLE UNTERSCHRIFTENLISTE

**Die Fahrbediensteten der Wiener Linien fordern die
Einberufung einer außerordentlichen
Gruppenversammlung nach § 43 Abs. 2 Arb. VG. auf allen
Dienststellen der Wiener Linien.**

ANTRAG

Die Fahrbediensteten der W.L. fordern den Betriebsrat – Fahrdienst auf, folgende Punkte neu zu verhandeln:

- 1:** Max. 9 Std. Schichten, Samstag, Sonntag, Feiertag max. 8,5 Std. Schichten.
- 2:** Max: 12 Std. Unterbrecher.
- 3:** 15 Min. Übernahmezeit bei allen Einschüben.
- 4:** Pausen sind den Fahrbediensteten immer zu gewähren, ein Entfallen dieser ist unzulässig.
- 5:** Die Rolldienstzulage ist nach tatsächlichem Rolldienst zu bezahlen, auch bei Verspätungen in Endstellen und verspätetem Dienstende.
- 6:** Sanitäreinrichtungen in allen Endstellen.
- 7:** Überschreiten zwei aufeinander folgende Arbeitszeitblöcke 7 Std., so ist dazwischen eine 20 Min. Pause einzubauen. 4 Std. Arbeitszeitblöcke nur in Ausnahmefällen.
- 8:** Ein finanzieller Verlust gegenüber „Fahrerzulage Alt“ ist auszugleichen.
- 9:** Pausen am Zug/Bus sind im Inlandsverkehr (Wien) nicht zulässig.
- 10:** Sollten diese Forderungen vom Unternehmen nicht umgesetzt werden, wird der BR-Fahrdienst aufgefordert, Kampfmaßnahmen einzuleiten.

W i n k e r

Name	Dienststelle	Unterschrift

Mithelfen - Mitbestimmen

Die DBV-NEU brachte den Fahrbediensteten Belastungen, die weit über das Erträgliche hinausgehen. Das Verhandlungsergebnis der DBV-Neu ist inakzeptabel und muss daher neu verhandelt werden! Zum ersten Mal in der Geschichte der Wiener Linien, ziehen fast alle Fraktionen (die FA-AUF wollte an dieser Aktion nicht teilnehmen?!) an einen Strang, um in einer überfraktionellen Unterschriftenliste die FSG zu Neuverhandlungen zu zwingen!

Auf fast allen Dienststellen der Wiener Linien werden in den nächsten Wochen Betriebsräte mit Unterschriftenlisten unterwegs sein, das Ziel - **Einberufung einer außerordentlichen Gruppenversammlung des Fahrdienstes und Nachverhandlung folgender Punkte(Siehe Sammeliste)!**

Um dieses Ziel zu erreichen sind über 1000 Unterschriften notwendig, wir bitten euch daher unterstützt uns und sammelt selbst auch bei euren KollegInnen Unterschriften!

Unterschriftenlisten sind zu downloaden sein unter: www.fcg-diepartner.at

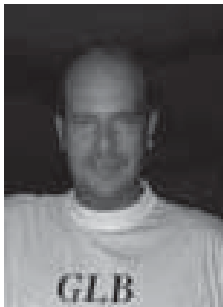
www.glb-gemeinde.at www.kiv-wiener-linien.at www.20six.de/voev

Helft mit – Sammelt mit - in euren Interesse!

Euer GLB - TEAM

W i n k e r

Leben wie in einer Diktatur oder Demokratie?



Da es mir schon öfter aufgefallen ist, bei Umfragen oder anderen Gesprächen, dass KollegInnen Hemmungen haben, ihre Meinung offen zu sagen oder sich an ihren Betriebsrat zu wenden, stelle ich mir die Frage, warum das so ist. Ich höre

immer wieder, dass sie nicht ernst genommen oder sogar heruntergemacht werden, statt dass man ihnen zuhört und sie ernst nimmt.

Früher haben sich die Betriebsräte für die Belegschaft eingesetzt, heute kann man davon nur träumen. Man konnte auch mit privaten Problemen zu ihnen kommen, und sie versuchten, eine gute Lösung zu finden und den Leuten zu helfen damit ein gutes Betriebsklima geschaffen wird. Man wurde auch laufend und zeitgerecht über Änderungen informiert, nicht so wie jetzt, wo man alles im letzten Augenblick erfährt, wenn eigentlich schon alles entschieden ist. Wenn nun eine andere Frakti-

on gegen diese Art vorgeht und Unterschriften zum Wohle der KollegInnen sammelt, trauen sich viele nicht zu unterschreiben, wenn sie es doch wagen, werden sie gleich „zusammengestaucht“! Ob mancher PV vielleicht durch seine Freistellung vergessen hat, dass er auch mal ein Mitarbeiter war, der gerne rechtzeitig über Änderungen oder Neuigkeiten informiert wird? Derzeit fühlen sich viele übergangen und fragen sich, ob die PV für uns oder für das Unternehmen da sind.

Wo sind die Personalvertreter, die hinter allen KollegInnen standen, nicht nur hinter ihren Busenfreunden.

**Euer Willi
GLB-Mitarbeiter**



W i n k e r

Offener Brief an die Fraktion GLB und den Kollegen Roman Böhm-Raffay

Auf Wunsch der Kollegen Rechbauer und Schendera veröffentlichen wir ihre Briefe an den GLB.

Die Antwort des GLB könnt ihr auf der nächsten Seite lesen

Anm. der Red.: An den Briefen wurden keine Änderungen vorgenommen.

von Peter Schendera, BO, Garage Vorgarten
Sonntag, 3. Oktober 2004
Werter Kollege Böhm-Raffay
Wertes GLB-Team

In der Winkerausgabe, September – Oktober 2004, werden Behauptungen gegen meine Person und zu Vorkommnissen auf meiner Dienststelle aufgestellt die weder Hand noch Fuß haben und mit viel Fantasie wie aus krankhaften Geltungsdrang völlig frei erfunden sind.

Die Angriffe gegen meine Person, die Behauptung von der Fraktion FSG umerzogen worden zu sein und das der Kollege Rechbauer in mir einen willigen Partner gefunden hat der nur seine Anweisungen ausführt sind ebenfalls falsche Behauptungen der Fraktion GLB, daher bezeichne ich diese als Lügen.

Tatsache ist das ich aufgrund der Unfähigkeit des GLB nach der Wahl 2002 alleine und ohne Unterstützung der Fraktion GLB dagestanden bin und in der Folge Unterstützung für die Dienststelle Garage Vorgarten bei der Fraktion FSG gesucht und gefunden habe, wobei es mein Bestreben war den Kollegen Rechbauer als meinen Stellvertreter einzusetzen.

Falsch ist auch die Behauptung im Winker, wir hätten die Belegschaft in einer Nacht- u. Nebelaktion mit einem neuen Schichtsystem beglückt, Unterschriftenlisten zur Beibehaltung des Alten Wechseldienstes und zur Forderung einer außerordentlichen Dienststellenversammlung lapidar abgewimmelt.

Es wurde wegen seiner Unterschrift auf der Liste weder auf jemanden Druck ausgeübt noch wurde jemand deswegen zur Rede gestellt.

Richtig ist das die Belegschaft schon im Vorfeld darüber informiert war das es im Zuge der neuen Dienst- u. Betriebsvorschrift, zu einer Änderung des Schichtsystems kommen kann, was aber Planabhängig sein wird.

Hermann Rechbauer
Personalvertreter - Garage Vorgarten

STELLUNGNAHME ZU DEN
ANSCHULDIGUNGEN IM WINKER!

Werter Koll. Böhm Raffey!

Nachdem Du über die Vorgangsweise in der Garage Vorgarten scheinbar unzureichend informiert bist, möchte ich Dich über die tatsächliche Situation informieren:

Im Zuge der neuen DBV konnte der vorhandene Turnus nicht beibehalten werden, da ein gemeinsames Dienstleisten mit KV-Bediensteten nicht möglich gewesen wäre. Dies betrifft vor allem die Ruhezeiten und dessen Rückerstattung sofern diese verkürzt wird. Bei dem alten Turnus hätte jeder KV-Bedienstete vom Übergang des Mitteldienstes auf den Frühdienst, Woche für Woche 2 Stunden seine Ruhezeit verkürzt und es wäre nicht möglich, dem Gesetz entsprechend dieses Minus in der Folgewoche auszugleichen. Ergo dessen konnten wir als Alternative nur auf eine Woche „Früh/Spät“ ausweichen.

Dies wurde jedoch rechtzeitig angekündigt und aufgrund einer Unterschriftenliste versucht zu verhindern. Infolge dessen haben wir daraufhingewiesen, dass diese rechtskräftig gemacht werden sollte und dies nur im Zuge einer Dienststellenvollversammlung geschehen kann. Gleichzeitig wiesen wir darauf hin, das trotz Rechtskräftigkeit, der alte Turnus nicht beibehalten werden kann und man sich die Mühe mit der Vollversammlung sparen könne.

Richtig ist das mir eine Unterschriftenliste mit der Forderung zur Aufrechterhaltung des „alten“ Wechseldienstes übergeben wurde aber niemals eine mit der Forderung nach einer außerordentlichen Dienststellenversammlung.

Herr Kollege Böhm-Raffay, ich bin mir sehr wohl bewusst das ich eine Forderung der Belegschaft nach einer außerordentlichen Dienststellenversammlung, wie von Dir behauptet, lapidar Abwimmeln kann und auch nicht das Recht dazu hätte da ich mir meinen Pflichten und der Verantwortung meiner KollegInnen gegenüber sehr wohl bewusst bin.

An Pflichtbewusstsein und Verantwortungsgefühl scheint es Dir, werter Kollege Böhm-Raffay, zu fehlen, Du nutzt eine besonders schwere Zeit für alle Bedienstete scheinbar aus um Deinen Geltungsdrang freien Lauf zu lassen, hetzt mit Deinen Winkerartikeln das Personal gegeneinander auf und versucht mit allen Mitteln die Gunst der Stunde für Deine ganz persönlichen Belange zu nutzen, das Personal scheint Dir dabei egal sein sonst würdest Du Dein Verhalten als Bedienstetenvertreter verantwortungsvoller gestalten.

Um nochmals auf den Wechseldienst und die Unterschriftenliste zurückzukommen, ich habe ein offenes Ohr und bin für jeden durchführbaren Vorschlag dankbar, draufloswettern ist ja ganz einfach, Herr Kollege Böhm-Raffay, wenn Dir so viel am Wohl unserer Belegschaft liegt und Du diese bei ihren Wünschen bestmöglich unterstützen willst, WO BLEIBT DEIN VORSCHLAG – JETZT HAST DU DIE GELEGENHEIT DICH ZU BEWEISEN!

**NICHT GROSSE UNÜBERLEGTE
WORTE –
TATEN SIND GEFRAGT!**

Peter Schendera - BO, Garage Vorgarten



Sofern Du ein fairer Kollege bzw. Personalvertreter bist erwarte ich mir in der nächsten Ausgabe des Winkers eine Entgegnung zu diesem im Winker erschienen Artikel, auch wenn Du den Verlust von Koll. Schendera beim GLB noch immer nicht verkraften kannst.

**DENKEN MACHT DEN ANFANG
RICHTIGES DENKEN DEN UNTERSCHIED!**

Hermann Rechbauer
Sonntag, 3. Oktober 2004

Werte Kollegen Schendera/Rechbauer

Vorab liebe KollegInnen, möchten wir klarstellen, dass eine Mehrheit der Bediensteten der Garage Vorgarten bei der letzten und für die Kollegen der FSG so schmerzvollen Wahl, dem GLB ihr Vertrauen aussprach!

Der GLB sieht sich dadurch selbstverständlich verpflichtet, allen Bediensteten der Garage Vorgarten auf jeder Art und Weise zu unterstützen und Hilfestellung zu geben!

Zu Deinem Schreiben und den darin enthaltenen Vorwürfen stellen wir folgendes fest:

Der GLB ist über die Situation in der Garage bestens informiert, im gegenständlichen Fall, wurde eine zweite Unterschriftenliste aufgelegt, nachdem die erste Unterschriftenliste zurückgewiesen wurde.

Nach einer Anfrage des GLB im ZBR, ob es im Sinne der Bedienstetenvertretung ist, den Wunsch einer Mehrheit der Bediensteten der Garage Vorgarten einfach zu ignorieren, sagte Koll. Kaiser, man werde versuchen wieder das alte Schichtsystem einzuführen, es könnte jedoch zu Verschlechterungen im Dienstablauf kommen!

Der GLB ist der Meinung, dass die Wünsche der Belegschaft zu respektieren sind und diese nicht einfach in einen rüden Ton zu Seite gewischt werden dürfen!

Zu der Kritik von Kollegen Rechberger, dass Betriebsrat Roman Böhm-Raffay selten zu BR-Sitzungen kommt, würden wir ihm raten, in die Anwesenheitsliste einzusehen, die entschuldigten Sitzungen von BR - Böhm-Raffay sind an einer Hand abzuzählen und kommen nur dann vor, wenn Koll. Böhm-Raffay sich im Urlaub, auf Schulung oder einer Sitzung im Wiener-/Zentralvorstand der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten befindet!

Bei jenen Sitzungen, bei denen Koll. Böhm – Raffay verhindert war, wurde Kollege Wöchtel als Ersatz entsendet!

Die Wichtigkeit des Gremiums BR-Fahrdienst steht außer Frage, hier arbeiten die Betriebsräte für die Belange ihrer Kollegen und vertreten ihre Interessen. Umso verwunderlicher ist die Kritik von Kollegen Rechbauer, da ihm bei einem gründlichen Studium der Anwesenheitsliste aufgefallen sein müsste, dass Koll. Schendera nachweislich die Sitzungen kaum mit seiner Anwesenheit beehrte.

Seine Nichtanwesenheit dürfte weit über seiner Anwesenheit liegen, auch gibt es unseren Wissensstand zufolge keine einzige Wortmeldung noch Anträge von Kollegen Schendera für die Interessen der Bediensteten!

Mit Entschiedenheit weisen Koll. Rechbauer/Schendera folgende Schlussfolgerung des GLB im letzten Winker von sich! (siehe nachfolgenden Auszug aus Winker Sept./Okt.)

Ein typisches Beispiel ist die Garage Vorgarten, nach Umerzierung des dortigen Obmanns Schendera auf FSG-Niveau, bestimmt wieder die FSG wo es langgeht.

Obmann Schendera der im Grunde nichts mehr zu sagen hat, setzt willig die Wünsche der FSG um.

Kollege Rechbauer (FSG), der die Fäden in Vorgarten zieht hat hier einen willigen Partner in Kollegen Schendera gefunden, der brav seine Anweisungen ausführt!

Liebe KollegInnen, dazu hat der GLB folgendes zu sagen: Kollege Schendera behauptet immer unabhängig zu sein, hat sich jedoch in keiner einzigen Sitzung, weder in Personalvertretung noch im Betriebsrat, auch nur einmal über den Bereich Fahrdienst geäußert und hebt brav bei jeder Abstimmung sein Händchen für die FSG!

Als besonderes Zeichen seiner Unabhängigkeit kann auch gewertet werden, dass Koll. Schendera als Einziger sogenannter Unabhängiger, bei internen fraktionellen Sitzungen der FSG anwesend ist – „NA so a Zufall“

Zu deiner Sorge, Kollege Rechbauer, der GLB hätte den Verlust von Kollegen Schendera nicht verkräftet, können wir Dich beruhigen, wir denken Koll. Schendera passt charakterlich sehr gut zu Deiner Fraktion und stellt für sie sogar eine Bereicherung dar!

Werter Kollege Schendera, erstaunlich ist, dass gerade DU von Pflichtbewusstsein und Verantwortungsgefühl sprichst, DU warst doch jener, der die Belegschaft in Vorgarten nach der Wahl 2002 im Stich gelassen hat. Die KollegInnen hatten in Dich als GLBler große Hoffnung gesetzt, indem sie dich als Belegschaftsvertreter (GLB) gewählt hatten und dann sprichst du von Verantwortungsgefühl und Pflichtbewusstsein. Wo ist den DEINES? Wie kannst Du den Mitarbeitern und der Kollegenschaft noch in die Augen schauen?

Faktum ist, dass Kollege Böhm-Raffay für dich immer da war und er dich in allen Belangen unterstützt hat - auch wenn Du gegenteiliges verbreitest.

Sämtliche Ideen für Vorgarten zur Verbesserung des Dienstablaufes (GLB-Buch/Online-Dienstschaufen/Anträge) kamen von Kollegen Böhm-Raffay, mangels Deiner eigenen Ideen.

Jeder Bedienstete von Vorgarten wird selbst bewerten können, wer hier nicht die Wahrheit sagt, denn jahrzehntelang waren GLB-PV's in der Garage Vorgarten zur vollen Zufriedenheit der dortigen Belegschaft mit vollen Einsatz tätig. Sie scheuten sich auch nicht, offen gegen Missstände auf der Dienststelle aufzutreten und diese im Interesse der Belegschaft anzuprangern!

Die Wahrheit, lieber Kollege Schendera, ist doch ganz einfach, du scheutest schon immer jeden Konflikt und bist den Weg des geringsten Widerstands und des besten Angebotes (für Dich) gegangen, die Interessen der Belegschaft waren Dir dabei einerlei!

Für Dich zum besseren Verständniss, lieber Kollege Schendera, denn wir wechseln unsere Farbe (Gesinnung) nicht wie ein Chamäleon.

Anm. der Red.: ein Camäleon ist eine kleine Echse, die ihre **Hautfarbe** bei Gefahr **rasch ändert**.

In diesem Sinne - FREUNDSCHAFT

Das Team des



Die Meinung der Diskutanten muss nicht mit der unseren übereinstimmen.



Kaiser - gehört weg

von Buffalo Bill am 21.Oct.2004 13:51

Kollegen, habts den Sch... Aushang gelesen, den der Kaiser unterschrieben hat. Bald haben wir gar keine Pausen mehr und dürfen am Zug/Bus vermodern.

Lang leben die

„SOZIALDEMOKRATISCHEN GEWERKSCHAFTER“.

Meiner Meinung nach gehört er weg, der Herr Kaiser Karl, samt Henkersknechten!!!

von dionman am 21.Oct.2004 14:18

Gar keine schlechte Idee, am besten wäre sein alter Arbeitsplatz hinterm Lenkrad eines Wiener Linien Busses. Da tät er sich aber wundern, was sich so im Laufe der Zeit geändert hat.

von evolution am 25.Oct.2004 19:14

Kaiser und die ganze Drecksbande gehören sofort weg. War nie ein besonderer Freund der Rotzen (oh ein freud'scher), ich meine natürlich der Roten. Simanov wäre sowas nicht eingefallen. Der hat noch so etwas ähnliches wie ein Gewissen besessen. Karli, du hast die Kollegen verkauft, sagte er beim Erdberger Festl.

Hoffe, die oppositionellen Fraktionen bringen was auf die Beine. Kollegen, überlegt gut, wem ihr eure Stimme bei der nächsten Wahl gebt. Gebt denen einen Denkkzettel, den sie niemals vergessen werden. Dieser Denkkzettel soll in die analen der HG 4 eingehen.

austritte aus der gewerkschaft !

von beinhart am 18.Sep.2004 21:16

immer öfter hört man jetzt , das kollegInnen aus der gewerkschaft austreten .

zu lesen war es auch schon unter :www.pv-wienerlinien.at/ strassenbahner .

die neue DBV ist nicht der große wurf !

mfg werner

v47/bhf erdberg

von Kurtl auch ein Bimmler am 22.Sep.2004 11:16

Kollegen, das müsst ihr euch auf der Zunge zergehen lassen!

A gewisser Meidlinger schreibt im Strassenbahner die Kollegen sollen nicht aus der Gewerkschaft austreten sondern das Gespräch mit dem Betriebsrat suchen?!

Lieber Herr Meidlinger, ich werde dich einmal über einige Tasachen bei den Wiener Linien aufklären - und huach jo guat zua:

Die Kollegen,können das sicher bestätigen,die meisten sogenannten Personalverteter und Herren Betriebsräte helfen dir sowieso nur, wenn du Ihnen zum Gesicht stehst, wenn nämlich nicht hast du Pech gehabt. Die Wahrheit, HERR MEIDLINGER, ist noch viel, viel schlimmer, die meisten





Kollegen trauen sich nämlich schon gar nichts mehr sagen zu den Herren gewählten Personalvertreter weil SIE ANGST VOR DENEN HABEN. Jawohl ANGST!!! Richtige Scheiß Angst! Weil diese Herren PV, BR uns soviel zu Fleiß machen können und auch tun werden, wenn man es wagt den Mund auf zu machen. Und das ist kein Witz. Bei den Wiener Linien herrscht ein Regime wie zu SS Zeiten. Da sollte man einmal einschreiten und zwar gewaltig.

Dann gibts Personalvertreter die dümmer als Plastiksackl'n sind. Wenn du sie etwas fragst, wissen's keine Antwort oder aber sie haben keine Zeit weil sie ja so beschäftigt sind, oder sie sind nie da. Gänzlich freigestellt, aber nie Zeit haben, super nicht?? Natürlich gibt es auch Ausnahmen, aber die kannst dir an 2 Fingern abzählen.

Die Gewerkschaft sollte sich lieber Fragen, warum die Bediensteten Angst vor der eigenen Personalvertretung haben. Davon dürfen die Augen nicht mehr verschlossen werden. Da sollte einmal angesetzt werden.

von Fahrer Gürtelbhf. am 22.Sep.2004 14:55

Ich kann euch nur sagen seit der neuen DBV kommen wir uns alle angeschissen vor, der D Wagen ist eine einzige Katastrophe, Sklaven hatten auch keine anderen Arbeitsbedingungen.

Unsere Obfrau findet das alles sehr lustig, "Wir sollen uns nicht anscheissen", habe ich selbst gehört, wie sie es einer Fahrerin gesagt hat, die meinte, man kann nicht mehr aufs WC gehen. Bei Frauenbeschwerden werden 4 Stunden fahren beschissen. Da meinte sie einfach: "Sei froh, das du an Job hast und wenn dir was nicht passt, kannst ja kündigen!"

von Kurbler am 21.Sep.2004 13:02

Kollegen, aus der Gewerkschaft austreten ist der falsche Weg! Das die Kollegen aus Vorgarten enttäuscht über die dortige Entwicklung ist, liegt auf der Hand. Warum haben sie sich nicht dagegen gewehrt und dem dortigen BO gezeigt wo es lang geht und was sie davon halten. Überläufer haben noch nie eine gute Figur gemacht! Vorgarten hatte wirklich unheimliches Pech. Der dortige BO hat sich kaufen lassen. Das geht aber nicht mit jedem und ist Charaktersache. Kann mir z.B. vom Böhm-Raffay nicht vorstellen, das er so handeln würde, den hab ich schon fuchsteufelswild seinerzeit mit dem Simanov erlebt. Seine Duelle mit der FSG sind schon zu Lebzeiten legendär. Von ihm wage ich zu behaupten er ist ein 100%iger Gewerkschafter und Personalvertreter, der soviel ich hörte immer hinter den eigenen Leuten steht.

Das Problem bei uns ist, dass der FSG von den Bediensteten zuviel Macht in die Hände gespielt wird. Ich sag jetzt nicht, das ihr den GLB wählen sollt. Wählt andere, nur nicht die FSG. Solange ihr denen eure Stimme gebt, wird sich NIEMALS etwas ändern. Solange ihr euch nur aufregt aber nichts dagegen unternimmt, seid ihr selbst schuld. Was spricht dagegen eine andere Fraktion zu wählen? Irgendeine nur nicht die FSG?! Wer schaut euch beim wählen über die Schulter? Niemand! Ihr könnt in der Wahlkabine ganz alleine entscheiden. Nur wäre wichtig, dass ihr richtig entscheidet. Bis jetzt war das nicht der Fall. Darum ist der Austritt aus der Gewerkschaft garantiert der falsche Weg. Besser wäre, der FSG bei der nächsten Wahl einen Tritt ins Hinterteil zu geben, das denen hören, sehen und lügen vergeht.

Ist ja nicht schlecht, oder? Einen Versuch wäre es wert!



Die Bevölkerung Österreichs wird wieder von der Regierung für dumm verkauft



Im Sommer 2004 beglückte uns unsere Gesundheitsministerin Rauch-Kallat mit einer Idee, die die Bevölkerung sicher krank macht. Sie wollte ein neues Gesetz, das unsere gesetzliche Sozialversicherung untergräbt und stattdessen sogenannte „Gesundheitsagenturen“ einführen. So war vorgesehen, dass in diesen Agenturen die Vertreter der 8 Mio. Sozialversicherten nur

mehr mit 40% präsent sein sollen, während die Länder mit 40% und der Bund mit 20% zusammen die Mehrheit erhalten sollen.

Dass heißt, dass diejenigen, die am meisten in die Sozialversicherung einzahlen (Versicherten) am wenigsten Leistung erhalten werden. Weiters soll so der Einfluß der Vertreter der Sozialversicherten, die Selbstverwaltung, völlig ausgeschaltet werden. Auf diese Art und Weise sollen die Gelder der Sozialversicherung von fast 500 Milliarden Schilling (36 Milliarden Euro) zu privaten Gesundheitsanbietern umverteilt werden.

.....und jetzt werden wir für dumm verkauft!!!!

Nachdem die Regierung nach massiven Protesten der Bevölkerung einsehen musste, dass es so nicht wirklich gehen kann, gab sie die Planung von „Gesundheitsagenturen“ auf. Jetzt soll mit „Gesundheitsplattformen“ die Gesundheitsreform durchgezogen werden.

Ein anderes Wort, das selbe Ziel – nach wie vor soll so die Sozialversicherung privatisiert, zerschlagen und das Geld zu den privaten Versicherern umgeleitet werden. Ob die Gesundheitsplattformen nicht auch noch zusätzlich Kosten verursachen, ist auch noch abzuwarten, denn die letzte Reform 2001 des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger hat die Bürokratiekosten immens steigen lassen. Leider hat die Wirtschaft und ÖVP im Hauptverband jetzt die absolute Mehrheit, obwohl fast $\frac{3}{4}$ der Gelder aus den gesetzlichen Zahlungen der Sozialversicherung der Arbeitnehmer stammt.

Das wird das AUS für eine kostengünstige Gesundheitsvorsorge sein! Menschen mit geringeren Einkommen werden sich „krank sein“ nicht mehr leisten können. Die erste Frage bei Ärzten und in Spitälern wird „sind sie privat versichert?“ sein. Wenn nicht, Pech gehabt – und notwendige Behandlungen und Operationen werden nicht durchgeführt oder viel später.

Beispiel:

Eine Bekannte hat seit Jahren schreckliche Hüftschmerzen, so unerträglich, dass sie kaum mehr gehen konnte. Bei einem Arztbesuch machte ihr der Arzt klar, dass sie um eine Operation nicht herumkommen würde und das so schnell wie möglich. Ein baldiger Termin wurde vereinbart und dann die Frage des Arztes: „Welche Versicherung haben sie, sind sie privat versichert?“ Nein, ist sie nicht!!! Pech gehabt – der neue Termin den sie dann bekam war 8 Monate später!!!! Ihr Leben bis zur OP ist nur mehr von Schmerzen geprägt.

In Amerika ist das für die Bevölkerung nichts Neues.

Meine Freundin lebt in Mississippi/USA – von ihr habe ich erfahren, dass ein Freund mit akuten Herzinfarktsymptomen in ein Krankenhaus eingeliefert wurde. Die erste Frage, war die nach der Versicherungskarte, leider hatte er diese nicht mit und sie musste von zu Hause geholt werden. In der Zwischenzeit hat KEIN ARZT IN DIESEM KRANKENHAUS nach dem Mann geschaut, obwohl Angehörige versicherten, dass er krankenversichert ist. Wegen eines besseren Verständnisses, muss noch hinzugefügt werden, dass die Entfernungen in Amerika nicht gerade denen von Österreich entsprechen.

Als die Ehefrau nach 2 Stunden mit der Versicherungskarte im Krankenhaus eintraf, brauchte er sie nicht mehr. 10 min. zuvor ist er an den Folgen des Herzinfarktes verstorben.

Soweit darf es bei uns nie kommen.

Letzte Meldungen der Regierung in Sache Gesundheitssystem zielen aber genau dahin und sind der Anfang vom Ende unseres Gesundheitssystems in dieser Form.

Jetzt gibt es wieder Kostenerhöhungen, die wieder die Arbeitnehmer trifft, obwohl die Regierung immer wieder von keiner Beitragserhöhung spricht.

Die Erhöhung des Spitalskostenbeitrages auf 10 Euro und die Erhöhung der Rezeptgebühr auf 5 Euro (Generika 4 Euro – sind keine Markenmedikamente, sollen aber die gleiche Wirkung haben), treffen wieder die Mindesteinkommen.

In Wirklichkeit ist genug Geld da, man müsste es nur holen!

Die Gebietskrankenkassen hatten 2003 ein Defizit von ca. 201 Mill. Euro, doch allein die Schulden, die Unternehmer bei der Gebietskrankenkasse haben, machen fast das 5-fache aus – nämlich 897 Mio. Euro.

Leider wird es sich dort nicht geholt, denn man darf ja die Wirtschaft nicht verärgern, den kleinen Arbeitnehmern bleibt nämlich nichts anderes übrig, der kann sich nicht wehren.

Doris Grössinger

Fragen und Antworten zur Pensionsharmonisierung

Die Bundesregierung hat im Jahr 2003 massive Änderungen im Pensionssystem beschlossen - warum soll es 2005 wieder Änderungen im Pensionssystem geben?

Im Jahr 2003 wurde im Parlament die so genannte Pensionsversicherungsreform beschlossen, die mit 1. Jänner 2004 in Kraft trat. Diese bringt die Abschaffung der vorzeitigen Alterspensionen und massive Pensionskürzungen für alle Betroffenen, die aber in den unterschiedlichen Pensionssystemen (ArbeiterInnen, Angestellte, Gewerbetreibende, Bauern, Beamte...) unterschiedlich wirken.

Der ÖGB hat immer verlangt, statt diesen unsystematischen Pensionskürzungen ein einheitliches Pensionssystem für alle Erwerbstätigen zu schaffen. Diese Idee wurde zwar von der Regierung aufgegriffen, die Pensionskürzungen durch die „Reform 2003“ bleiben allerdings aufrecht. Damit wird die Pensionsharmonisierung bzw. das harmonisierte Recht, das grundsätzlich ab 1. Jänner 2005 in Kraft treten soll, vielen Menschen weitere Verluste bringen.

Was bedeutet die Formel 45/65/80

Die Pensionshöhe in einem harmonisierten Pensionssystem soll nach 45 Versicherungsjahren im Alter von 65 Jahren 80 Prozent des Lebensdurchschnittseinkommens betragen. Das bedeutet, dass im harmonisierten Pensionsrecht alle Beschäftigungszeiten, aber auch Zeiten der Arbeitslosigkeit, Kindererziehungszeiten, Krankenzustandszeiten, Präsenz- und Zivildienst (so genannte Ersatzzeiten), sowie nachgekaufte Versicherungszeiten in Zuge einer Lebensdurchrechnung in die Berechnung der Pensionshöhe einfließen.

Haben bisher nicht auch alle Zeiten gezählt?

Die Pensionshöhe hing zwar auch bisher von der Anzahl der erworbenen Versicherungszeiten ab, Berechnungsbasis waren aber die besten 15 bzw. 18 Jahre - das heißt, jene Jahre in denen man am meisten verdient hat (Bemessungsgrundlage). Erst durch die so genannte Pensionsversicherungsreform 2003 wurde der Berechnungszeitraum ab 2004 um ein Jahr pro Kalenderjahr verlängert. Ersatzzeiten blieben aber bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage außer Betracht. Im harmonisierten System, das 2005 in Kraft treten soll, werden die Zeiten allerdings eingerechnet (Lebensdurchrechnung).

Führt die Lebensdurchrechnung nicht zu drastischen Pensionskürzungen?

Voraussetzung dafür, dass die Lebensdurchrechnung nicht zu dramatischen Pensionsminderungen führt, sind einerseits die Aufwertung der Einkommen der vergangenen Jahre und andererseits eine hohe Bewertung von Ersatzzeiten. Ersteres ist beim vorliegenden Harmonisierungsentwurf gewährleistet. Fließen in die Pensionsberechnung allerdings viele Ersatzzeiten ein, so wird durch deren ungenügende Bewertung die Pensionshöhe zukünftig stark sinken. Ebenso führen auch lange Teilzeitphasen mit geringem Einkommen zu niedrigen Pensionen.

Wie werden Ersatzzeiten im harmonisierten System angerechnet?

Kindererziehungszeiten werden bis zum Höchstausmaß von vier Jahren pro Kind mit 1.157 Euro monatlich bewertet. Präsenz- und Zivildienst werden in gleicher Höhe bis zu maximal einem Jahr bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage eingerechnet. Arbeitslosenzeiten werden vereinfacht gesagt mit 70 Prozent des vorherigen Einkommens angerechnet, Zeiten des Notstandshilfebezugs mit 92 Prozent des zuvor bei Arbeitslosigkeit angerechneten Betrages. Die Anrechnung erfolgt auch dann, wenn durch Anrechnung des Partnereinkommens auf die Notstandshilfe kein finanzieller Anspruch gegenüber dem AMS besteht. Krankenzustandszeiten werden in Höhe des zuvor bezogenen Einkommens berücksichtigt.

Warum kritisiert der ÖGB die Ersatzzeitenbewertung im harmonisierten System, obwohl die Beträge höher sind als bisher?

Bisher wurden als Grundlage für die Pensionsberechnung nur Zeiten der Erwerbstätigkeit herangezogen. Bei einer Lebensdurchrechnung werden auch Ersatzzeiten bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage eingerechnet. Werden die Ersatzzeiten mit einem geringeren Betrag als das vorherige Einkommen bewertet, senkt das natürlich die Bemessungsgrundlage und bringt Pensionskürzungen mit sich.

Wie wird die Pensionshöhe im harmonisierten System ermittelt?

Aus dem gesamten Lebenserwerbseinkommen wird unter Einrechnung aller Ersatzzeiten ein Durchschnittseinkommen, die so genannte Bemessungsgrundlage, ermittelt. Weiter zurückliegende Zeiten werden entsprechend aufgewertet. Pro Versicherungsjahr (Zeiten der Erwerbstätigkeit oder Ersatzzeit) erhält man 1,78 Prozent dieser Bemessungsgrundlage. Das heißt: Bei Vorliegen von 45 Versicherungsjahren erhält man 80 Prozent der zuvor

ermittelten Bemessungsgrundlage als Pension. Bei Antritt vor dem Regelpensionsalter 65 Jahre gibt es allerdings Abschläge. Die Höhe des Abschlags beträgt 4,2% pro Jahr.

Gilt die Harmonisierung für alle Erwerbstätigen?

Über 50-jährige sind von den neuen Regelungen ausgenommen und bleiben in ihren jeweiligen alten Pensionsystemen. Pensionen für unter 50-jährige werden teils nach den verschiedenen alten, teils nach dem neuen harmonisierten System berechnet. Mittels Parallelrechnung (Mischung) wird ein Durchschnitt aus altem und neuem System gebildet. Nur Menschen die ab 2005 neu ins Erwerbsleben eintreten, fallen vollständig unter die Regelungen des harmonisierten Systems.

Was ist die Parallelrechnung?

Für alle unter 50-jährigen, die bereits im Erwerbsleben stehen, müssen bei Pensionsantritt zwei Pensionen ermittelt werden. Einmal wird die Pension für den gesamten Erwerbsverlauf nach dem jeweiligen alten, voraussichtlich bis Ende 2004 geltendem Recht errechnet, einmal nach dem harmonisierten Recht. Dann wird ein gewichteter Durchschnitt gebildet, wobei das Verhältnis von Alt- zu Neurecht davon abhängt, wie viele Versicherungszeiten vor bzw. nach dem 1. Jänner 2005 erworben wurden. Wurden beispielsweise 30 Jahre vor dem 1. Jänner 2005 erworben, 15 danach, wird die Pension nach altem Recht zu zwei Drittel, jene nach neuem Recht zu einem Drittel berücksichtigt.

Was gilt für über 50-jährige?

Für über 50-jährige gilt die 2004 bestehende Rechtslage, das heißt, jene nach der so genannten Pensionsversicherungsreform 2003, weiter. Damit werden alle Kürzungen durch diese „Reform“ wirksam, die Verluste gegenüber der zuvor bestehenden Rechtslage sind allerdings gedeckelt. Lediglich der Pensionskorridor, die neue Deckelung und die Hacklerregelung (siehe unten) sind auch auf über 50-jährige anwendbar.

Was heißt Deckelung? Wozu gibt es sie und für wen gilt sie?

Die so genannte Pensionsversicherungsreform, die von der Bundesregierung im Vorjahr beschlossen wurde, führt zu massiven Verlusten für alle Betroffenen. Durch die Proteste des ÖGB und der Gewerkschaften wurde ins Gesetz aufgenommen, dass die Einbußen durch die beschlossenen Pensionskürzungen gegenüber der alten Rechtslage (bis 31. Dezember 2003) zehn Prozent nicht übersteigen dürfen - auch wenn die Berechnung nach den neu-

beschlossenen Regelungen eine noch geringere Pension ergeben würde. Durch diese Maßnahme wurden die zu erwartenden Pensionen für viele Menschen überfallsartig um zehn Prozent gekürzt, darüber hinausgehende Kürzungen werden aber nicht wirksam. Die „gedeckelten“ Kürzungen treffen alle, deren Pensionsstichtag nach dem 31. Dezember 2003 liegt.

Was ändert sich durch die Harmonisierung an der Deckelung?

Da, wie vom ÖGB angekündigt, sehr viele Menschen, die heuer in Pension gingen bzw. noch gehen werden, Verluste von zehn Prozent gegenüber der Rechtslage vor der so genannten Pensionsversicherungsreform in Kauf nehmen müssen, forderten die ArbeitnehmerInnen-Vertretungen die Rücknahme dieser Pensionskürzungen. Stattdessen will die Regierung nun im Zuge der Harmonisierung die Verluste mit fünf statt mit zehn Prozent begrenzen. Allerdings nur für Menschen mit Pensionsstichtag 2004 oder 2005. Ab 2006 wird der „Deckel“ wieder angehoben und zwar pro Jahr um 0,25-Prozent-Punkte. Das bedeutet für Menschen, die 2010 in Pension gehen sechs Prozent Verlust, 2014 sieben Prozent Verlust und 2024 erreicht der Verlust wieder 10 Prozent. Leider kommen aber zu den „gedeckelten“ Verlusten durch die von der Bundesregierung geplante Harmonisierung weitere Kürzungen dazu (siehe Pensionskorridor). Die Gesamtverluste gegenüber der Rechtslage 2003 können schon in wenigen Jahren 20 Prozent und mehr betragen.

Wann kann man künftig in Pension gehen?

Das Regelpensionsalter der Männer beträgt 65, jenes der Frauen 60 Jahre. Zwischen 2024 und 2033 wird das Frauenpensionsalter schrittweise jenem der Männer angeglichen. Die Möglichkeit vorzeitig in Pension zu gehen (bis 2003 noch im Alter von 61,5 bzw. 56,5) wird durch die so genannte Pensionsversicherungsreform bis 2014 schrittweise abgeschafft. Neu eingeführt wird ein „Pensionskorridor“.

Was ist ein Pensionskorridor?

Durch die so genannte Pensionsversicherungsreform kam es nicht nur zu massiven Pensionskürzungen, sondern auch zur Abschaffung der vorzeitigen Alterspensionen. Durch diese Maßnahme der Bundesregierung können Männer ab 2014 nicht mehr vor 65, Frauen nicht mehr vor 60 in Pension gehen, außer sie haben Anspruch auf Berufsunfähigkeits- oder Invaliditätspension. Der ÖGB forderte die Rücknahme dieser Maßnahme, da sie mittelfristig dazu führt, dass selbst Personen, die 45/40 und

mehr Jahre gearbeitet haben, nicht vor 65/60 in Pension gehen können. Statt der vorzeitigen Alterspension für Menschen mit langer Versicherungsdauer will die Regierung mit der Harmonisierung einen Pensionskorridor einführen. Dieser soll einen Pensionsantritt ab 62 ermöglichen, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass 37,5 Versicherungsjahre erreicht wurden - und mit massiven Abschlägen. Der Abschlag bei Inanspruchnahme des Korridors beträgt 4,2 Prozent für jedes Jahr das man vor dem frühest möglichen Eintrittsalter nach der so genannten Pensionssicherungsreform (ab 2014 ist das 65) in Pension geht und fällt nicht unter den Deckel (siehe oben). Zu den Verlusten aus der Pensionssicherungsreform kommen die Abschläge des Korridors hinzu, so dass die Gesamtverluste gegenüber der Rechtslage 2003 20 Prozent und mehr betragen können.

Ein eigener Korridor für Frauen ist nicht vorgesehen. Da deren Regelpensionsalter bis 2024 aber 60 ist, ist ein vorzeitiger Pensionsantritt nicht möglich.

Was ist die so genannte Hacklerregelung?

An der Abschaffung der vorzeitigen Alterspensionen mit der so genannten Pensionssicherungsreform wurde vor allem kritisiert, dass damit auch für Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben keine Möglichkeit besteht vor 60/65 in Pension zu gehen. Zur Beruhigung dieser Gruppe wurde die so genannte „Hacklerregelung“ geschaffen, die es Frauen ermöglicht weiterhin mit 55 Jahren ohne Abschläge in Pension zu gehen, wenn sie zu diesem Zeitpunkt 40 Beitragsjahre aufweisen können. Männer dürfen mit 60 und 45 Beitragsjahren in Pension gehen. Als Beitragsjahre im Sinne der „Hacklerregelung“ zählen allerdings nur Zeiten tatsächlicher Erwerbstätigkeit sowie Kindererziehungszeiten und Präsenzdienst. Die „Hacklerregelung“ war von Anfang an befristet. Mit der Harmonisierung soll diese Befristung bis 2010 verlängert werden.

Wie funktioniert die SchwerarbeiterInnen-Regelung?

Ab 1. Jänner 2007 gibt es eine neue SchwerarbeiterInnen-Regelung, die einen vorzeitigen Pensionsantritt vorsieht, wenn man insgesamt 45 Versicherungsjahre, davon mindestens 15 Schwerarbeitsjahre, hat. Jedes Schwerarbeitsjahr ermöglicht einen um drei Monate früheren Pensionsantritt. Hat man 20 Schwerarbeitsjahre kann man mit 60 Jahren in Pension gehen. Der Abschlag für jedes Jahr vor 65 beträgt zwischen 2,1 und 0,85 Prozent, je nachdem wie viel SchwerarbeiterInnen-Jahre man hat.

Die neue Schwerarbeitsregelung ist geschlechtsneutral formuliert, eine analoge Regelung, die einen Pensionsantritt für Frauen mit 55 Jahren vorsieht, fehlt.

Von 2011 bis 2019 können Frauen somit nur dann mit 55 Jahren in Pension gehen, wenn sie unter die alte SchwerarbeiterInnen-Regelung fallen. Die bisherige SchwerarbeiterInnen-Regelung sieht allerdings vor, dass man nur dann mit 55/60 Jahren in Pension gehen kann, wenn man 45 bzw. 40 Beitragsjahren hat, wobei mehr als die Hälfte Schwerarbeit sein müssen. Der Abschlag für Antritt vor 60/65 Jahren beträgt 4,2 Prozent. Die Abschläge fallen gemäß dem Entwurf unter den Deckel. Die bisherige SchwerarbeiterInnen-Regelung ist für Männer irrelevant, da die Voraussetzungen für die neue SchwerarbeiterInnen-Regelung wesentlich günstiger sind als für die alte.

Diese und weitere Fragen und Antworten auf der ÖGB-Homepage www.oegb.at

W i n k e r

INFO

Jeden letzten Mittwoch im Monat bieten wir allen Bediensteten der Wiener Linien, die Möglichkeit persönlich mit AK – Rätin Beatrix Todter zu sprechen. Für spezielle Belange der Wiener Linien sind auch Betriebsräte der Wiener Linien anwesend!

Termin jeder letzte Mittwoch im Monat

ORT: Elterleinplatz 6/2 Stock

ZEIT: 13:00 – 16:00 Uhr, auf Wunsch auch individuelle Termine möglich!

W i n k e r

Über den Tisch gezogen



Die DBV-NEU brachte den Fahrbediensteten Belastungen, die weit über das Erträgliche hinausgehen, doch damit sind die Kollegen der FSG anscheinend noch nicht zufrieden, denn permanent wird zu Ungunsten der Bediensteten nachverhandelt.

Vor wenigen Wochen unterschrieb Koll. Kaiser Änderungen zur DBV-Neu die allen Bediensteten noch wesentlich schlechtere Arbeitsbedingungen beschert!

Besonders gravierend sind folgende Punkte:

Pausenregelungen: Sollte keine Aktion zur Gewährung der Pause möglich sein, so kann in diesen Ausnahmefällen zur Aufrechterhaltung des Betriebes, der Fahrdienst in der Pausenzeit angeordnet werden!!!!!!!!!!!!!!

Jetzt stellt sich die Frage, was sind Ausnahmefälle? Der GLB forderte hier eindeutige Formulierungen zur Absicherung der Kollegen.

Mit der derzeitigen Regelung ist der Unternehmensführung Tür und Tor geöffnet, denn selbst durch Verspätungen und Unfällen die im üblichen Rahmen sind, kann den Bediensteten angeordnet werden in der Pause weiter zu fahren.

Ausnahmefälle können nur jene Ereignisse sein, in denen es den Fahrbediensteten nicht mehr möglich ist seine Pausenablösung zu erreichen (z.B. Verkehrschaos durch Schneefälle wo ein Weiterkommen nicht mehr möglich ist).

Mit dieser Formulierung kann kein Bediensteter auf seine Pause bestehen, denn jederzeit kann das Unternehmen auf diese Ausnahmeregelung zurückgreifen!

Hier stellt sich die Frage, wie konnte eine FSG-Personalvertretung so etwas unterschreiben? - Sicherheitsaspekte werden nicht zur Kenntnis genommen, unmenschliche Arbeitsbedingungen einfach akzeptiert!

Gesetzliche Vorschriften – Laut Arbeitsinspektorat ist diese Regelung für KV – Bedienstete nicht gesetzeskonform, ihnen muss die Pause immer gewährt werden, für Gemeindebedienstete gibt es jedoch keine eindeutige Regelung!

Rolldienstzulage: Nach derzeitiger Regelung wird die Rolldienstzulage ausschließlich laut Plan ausbezahlt. Verspätungen in der Endstelle oder verspätetes Einziehen werden nicht berücksichtigt!

Der GLB stellt klar, dass die Rolldienstzulage eine Erschwerniszulage und keine Kilometerzulage ist!

Es ist daher nicht einzusehen, wenn Bedienstete bei Verspätungen, die Rolldienstzulage nicht bezahlt wird, sondern nur der nackte Grundgehalt.

Übernahmezeiten: Von Betriebsbeginn bis 11.30/15 Minuten, danach 8 Minuten für Bus/Bim.

Das Unternehmen argumentiert, dass die Fahrzeuge schon im Einsatz waren und daher eine verkürzte Übernahmezeit gerechtfertigt ist.

Der GLB hat im Betriebsrat klargestellt, dass unsere FahrerInnen die volle Verantwortung für ihr Fahrzeug tragen und es kaum festzustellen ist, ob ein Fahrzeug schon im Einsatz war, zudem können Defekte am Fahrzeug auch während der Abstellzeit auftreten!

Eine weitere Verringerung der Übernahmezeit bedeutet auch eine wesentliche Verschlechterung der Sicherheit.

Die gesetzliche Regelung ist hier eindeutig - Jeder Lenker hat sich davon zu überzeugen, dass sein Fahrzeug betriebssicher ist und den gesetzlichen Anforderungen entspricht. Es steht jedoch nichts im Gesetz, dass der Fahrer darauf vertrauen kann, dass sein Kollege das Fahrzeug ordnungsgemäß kontrolliert hat!

Arbeitszeit: Mo-Fr: 6,5-9,5 Stunden am Sa-So: 4,5 – 9 Stunden

Ja liebe KollegInnen, Flexibilität ist alles und das natürlich ohne Lohnausgleich und mit voller Zustimmung unserer lieben FSG-Personalvertretung.

Gewerkschaftliche Grundsätze werden einfach über Bord geworfen, denn kombiniert mit einer 4 Wochen Durchrechnung haben wir defakto wieder eine 47,5 Stunden Woche, selbstverständlich ohne eine Überstunde dafür zu erhalten.

Fassen wir zusammen liebe KollegInnen, schlechtere Arbeitszeiten – schlechtere Arbeitsbedingungen – über 20% mehr Leistung und das alles um weniger Lohn!

Über den Tisch gezogen ? – Davon kann man aufgrund des vorliegenden Ergebnisses der Verhandlungen gar nicht mehr sprechen, denn offen gesagt, meine schwer Seh- und hörbehinderte Großmutter hätte kein wesentlich schlechteres Ergebnis erreicht!

Sämtliche Errungenschaften der letzten Jahrzehnte, wurden einfach kampfflos aufgegeben.

Wie sagt so schön ein Sprichwort – **Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.**

Euer Kollege Roman Böhm-Raffay
BR - Fahrdienst

US-WAHL 2004 - Nachlese

Bush oder Kerry, Kerry oder Bush – wenn es nach uns Europäern ginge, so wäre der Name des neuen amerikanischen Präsidenten John F. Kerry. Fast 60 % der Europäer hätten für den Demokraten votiert.

Nach 4 Jahren George Walker Bush – Regierung ist der internationale Ruf der Vereinigten Staaten an einem sensationellen Tiefpunkt angelangt und das wird aller Wahrscheinlichkeit auch so bleiben, wenn nicht noch schlimmer werden.

Am 2. November 2004 sind die Amerikaner über die 4-jährige Geschichte ihrer Regierung zu Gericht gesessen und haben über die zukünftige Ordnung der restlichen Welt bestimmt.

Mehr als die Hälfte der US-Bürger haben sich für den kriegsbereiten George W. Bush entschieden der jederzeit, ohne mit der Wimper zu zucken unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung, neue Brandherde entfachen wird. Sie haben eine viermalige Steuersenkung zu Gunsten der Superreichen, die höchste Staatsverschuldung seit Jahrzehnten, Streichung von Sozialprogrammen und somit den Zerfall der letzten, lächerlich kleinen Sozialsysteme, unnötige Kriegseinsätze mit hohen menschlichen Verlusten, die beginnende Armut der Mittelschichten und keine Zukunft für die Armen bestätigt.

Ginge es nicht um die Macht im mächtigsten Land der Welt, wäre das alles irgendwie amüsant, so aber ist es bizarr, traurig und sehr schwer nachvollziehbar.

Die politische Spaltung des Landes ist vollzogen, sehr viele haben erkannt, dass Aufstieg und Fall der USA sehr nahe beieinander liegen.

Die Zahl der Armen steigt in Amerika rapide an, die Mittelklasse verliert immer mehr an Existenz und der Reichtum der Superreichen sprengt alle phantastischen Vorstellungen.

Warum es aber in Europa noch immer Politiker gibt, die unserem Kontinent das amerikanische Fiasko als leuchtendes Vorbild empfehlen, darüber können sich viele nur wundern – denn der „American way of life“ existiert nur mehr in den Phantasien blinder amerikanischer Patrioten.

Was aber wäre gewesen, wenn John F. Kerry Präsident geworden wäre?

Nun, das hätte sicher Vor- und Nachteile gehabt! Bush und Konsorten haben sich nahezu feindselig, beleidigend über Europa geäußert. Sie sind der uneingeschränkten Meinung, dass die Vormachtstellung der USA auch ohne die Hilfe Europas gehalten werden könne.

Kerry hingegen, erkannte die wachsende Bedeutung der Europäischen Union und befürchtete zu Recht

wirtschaftliche und strategische Repressalien. Er hätte versucht, zerschlagenes Porzellan wieder zu kitten und Europa und Amerika wieder vertraut zu vereinen.

Das hätte allerdings aber auch bedeutet. Daß er vermutlich versucht hätte, Europa in die bestehenden Kriegsszenarien zu integrieren.

Mit Bush wird sich Amerika langsam aber sicher selbst zerstören, mit Kerry wären alle europäischen Staatschefs einschleimend zu Kreuze gekrochen und jede Kritik wäre wie weggeblasen, obwohl im Hintergrund die gleichen Verbrechen weitergehen wie bisher.

Die USA steht seit Jahren vor dem finanziellen Zusammenbruch, der zum einen durch massive finanzielle Unterstützung seitens Deutschland (sollten lieber ihr eigenes Land sanieren), Japans und anderen Ländern verhindert wird, zum anderen dadurch, dass der Dollar unabhängig von der Wirtschaftsleistung bewertet wird und darüber hinaus als Leitwert für alle anderen Währungen gehandelt wird und auch als Leitwährung für den weltweiten Ölhandel gilt. Wenn jetzt eine dieser Säulen weg bricht, platzt eine riesige Seifenblase die sich US-Wirtschaft nennt. Die Ölsäule ist momentan schon mächtig am bröckeln. Es ist nur mehr eine Frage der Zeit bis Saudi-Arabien und andere ölfördernde Länder die Nase voll haben und ihre Ölwirtschaft auf Euro umstellen. Das war, glaube ziemlich sicher, einer der Hauptgründe für den Irakkrieg, denn Sadam Hussein hatte genau das als erster und bis jetzt leider einziger Staatschef einer ölfördernden Nation getan.

Andere Länder hatten aber bereits Interesse daran gefunden und um das zu verhindern bzw. eine klare Warnung an die anderen ölfördernden Nationen zu setzen, haben die USA den Irak angegriffen – danach hat sich jeder gehütet an eine Euromstellung auch nur leise zu denken.

Die USA können sich in Wirklichkeit unter Bush keinen Krieg mehr leisten, Kerry hingegen hätte sich einfach hinstellen können und sagen „Hey, das war doch alles Schuld der Republikaner, er sei doch ganz anders“, und so weiter und so fort.

Jetzt können die Amis sagen:“ Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende“!!

Doris Grössinger



GLB - ON - THE - ROAD

Hier ein Überblick unserer Tour 2005



Diesmal geht es in die Schweiz nach Frankreich über Italien - Südtirol und zurück nach Österreich.

Los geht's am Freitag **17. Juni 2005** um **20.45 Uhr**
vom Westbahnhof mit dem **Reisezug bis Feldkirch**.

In Feldkirch kommen wir am **18. Juni um 7.19 Uhr** an.

Ab da biken wir 12 Tage quer durch die Alpen!

Schweiz

Die Tour durch das Tessin präsentiert sich mild und freundlich, eine üppig grüne Berglandschaft zu deren Füßen malerische Dörfer liegen.

Frankreich

Ein Land mit unterschiedlichsten Landschaften -
viele wie geschaffen dafür, um vom Zweirad entdeckt zu werden.

Italien – Südtirol

Die Dolomiten sind ein zu Stein gewordener Traum.

Namen wie Sellajoch, Grödnerjoch oder Pordoijoch sind jedem Motorradfahrer sicherlich ein Begriff.

Bei Interesse bitte bis 1. Dezemberwoche 2004
mit dem ROAD – TEAM
Kontakt aufnehmen!

Norbert **Fini** **Willi**
0664 1830073 **0664 5007399** **0660 8197544**



Rechtsschutzvergleich

Viele Kollegen haben die Bitte geäußert, den Rechtsschutzvergleich noch einmal abzudrucken.

Den gesamten Preisvergleich können wir aufgrund des Platzmangels nicht drucken,
ihr könnt es jedoch im Internet nachlesen (Winker Sept/Okt),
oder auf den unten genannten Adressen Unterlagen anfordern. –

Wir bitten um Verständnis

Basispaket ARAG Jahresprämie 99,90 €
-10% GLB-RABATT Jahresprämie 89,91 € oder monatlich 7,50 €

Beinhaltet:

Lenkerrechtsschutz (BUS/BIM), Gutachter-Rechtsschutz, Reisevertragsrechtsschutz, Versicherungsvertrags –
Rechtsschutz, Versicherungsschutz f. nebenberuflich Erwerbstätige, Vertragsrechtsschutz, Erb- u. Familienrecht,
Beratungs-Rechtsschutz, Ausfallsvers. f. gerichtl. bestimmte Ansprüche aus Körperschäden, Straf-
Schadenersatz-Rechtsschutz im Privat- u. Berufsbereich.

INFO – Broschüre sendet euch gerne Betriebsrat Böhm – Raffay zu!
Tel. 0664 15 17 922 E-Mail: roman.boehm-raffay@chello.at

oder direkt bei: **ARAG – Betreuerin** Frau Bettina Schwarz

Tel. 01/897 13 13 Bürozeit MO – FR von 9.00 – 17.00

FAX: 01/897 13 13 33

Euer GLB - TEAM

Verbesserungsvorschlag

Überall werden Kosten gespart und darum sollte man sich auch mal überlegen, wo man noch unnötige Ausgaben vermeiden kann.

Eine Überlegung wäre es, anstatt der kostenlosen Beschwerdeline eine Gebührenpflichtige einzuführen. Das hat nichts mit Kundenunfreundlichkeit zu tun, sondern es soll die Fahrgäste abschrecken, die aus purer Langeweile ständig Beschwerden einreichen, nur um dem Fahrer Unannehmlichkeiten zu bereiten. Wenn sie diese ständigen Anrufe aber bezahlen müssten, würden sie es sich sicherlich zweimal überlegen, ob ihnen der Spaß das

auch Wert ist. Somit wäre es gewährleistet, dass auch wirklich nur Beschwerden, die auch Solche sind, eingehen - und für das Unternehmen wäre es eine gute Einnahmequelle.

Dieser Vorschlag wurde von mir an die zuständige Dienststelle der Wiener Linien weitergeleitet



Lindenthal Wilhelm
Bhf. Speising



Pensionistenweihnacht 2041

Zu Weihnachten gibt's keine Ente,
lebst Du von der Mindestrente.
Auch der Karpfen, darf ich sagen,
findet nicht in Deinen Magen,
und der Christbaum bleibt im Wald,
ist zu Haus der Ofen kalt.
Strom gibt es schon lang nicht mehr -
der Tarif ist viel zu „schwer“.
Der Gasherd ist schon lang verrostet
weil das Gas viel zu viel kostet.
Der Packerlwein ist nicht zum saufen,
das Katzenfutter abgelaufen.
So fällt halt der Weihnachtsschmaus
heuer wieder einmal aus.



Zum Schluss etwas zum Schmunzeln!

Brief an die Wr. Linien:

Betreff: Mitnahme von Tieren in Öffis

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte mit meinem Pferd einen Ausflug in den Prater machen und müsste dazu die U1 benutzen.

Bitte teilen Sie mir mit, welchen Fahrschein ich für das Pferd lösen muss und ob es während der Fahrt einen Maulkorb benötigt.

Mit freundlichen Grüßen

I. J.-P.



Sehr geehrte Frau J.-P.,

zuerst möchten wir Sie mit der in unseren Beförderungsbedingungen enthaltenen Regelung für die Beförderung von Tieren vertraut machen, die da lautet:

Der Fahrgast ist berechtigt, kleine lebende Tiere, sofern es nicht gefährliche Tiere sind, unentgeltlich in die Anlagen und Beförderungsmittel mitzunehmen, wenn diese Tiere in Behältnissen untergebracht sind.

Diese Behältnisse müssen so beschaffen sein, dass Verletzungen und Verunreinigungen von Personen sowie Beschädigungen und Verunreinigungen von Anlagen und Beförderungsmitteln ausgeschlossen sind.

Leider gehen aus Ihrer e-mail keine detaillierten Informationen zu Ihrem Pferd hervor, wir erlauben uns daher, einige Möglichkeiten aufzulisten.

Wenn es sich um ein großes Pferd (z.B. Lippizaner, Haflinger, Mustang, Flusspferd usw.) handelt ist eine Beförderung nicht zulässig. Handelt es sich um ein neugeborenes Shetland-Pony oder Isländer und passt jenes in ein Behältnis, z.B. Reisetasche, ist eine Beförderung grundsätzlich möglich. Ein

Maulkorb muss nicht angelegt werden, beachten Sie jedoch die Bestimmungen des neuen Tiertransport-Gesetzes. Seepferdchen können ebenfalls ohne Maulkorbpflicht mitgenommen werden, das Aquarium muss jedoch aus bruch-sicherem Glas (Panzerglas) bestehen. Die Mitnahme von Schaukelpferden ist erlaubt, wenn sie leicht tragbar sind und so abgestellt werden, dass keine Gefährdung zu erwarten ist. Für Steckenpferde im physischen Sinn gilt ebenfalls o.a. Regelung, sonstige Steckenpferde können Sie in unbegrenzter Anzahl im Geiste mitführen.

In allen Fällen erfolgt die Beförderung kostenlos!

Wir hoffen, Ihnen hiermit gedient zu haben, wünschen Ihnen noch eine angenehme Reise und verbleiben mit freundlichen Grüßen

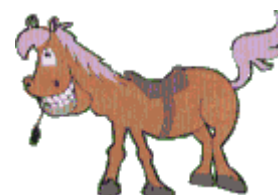
Werner Molik

Kommunikation

Verkehrsverbund Ost-Region (VOR)

Management für Wien, Niederösterreich und Burgenland Mariahilfer Straße

77-79, A-1061 Wien, PF 360



DER ^{Nov/Dez} WINKER

IMPRESSUM:

Herausgeber, Verleger und Hersteller:

Fraktion GLB in der GdG, 1090 Wien, Maria Theresien Str. 11. **Redaktionsbüro:** 1170 Wien, Elterleinplatz 6/2 - Tel.: 407 69 36;

e-mail: glb.gemeinde@aon.at

www.glb-gemeinde.at

Verlags- und Herstellungsort: Wien.

Fotos: copyright by GLB/GdG